

Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis Deutschland

Für ein starkes Europa freier Nationen: Einig gegen Imperialismus, Autokratie und Terror – in versöhnter Verschiedenheit für Frieden, Demokratie und Freiheit

Das Friedensprojekt Europa ist durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, die imperialistischen, auf die Restauration der Sowjetunion zielenden, Bestrebungen des Putin-Regimes und seine, gegen die westlichen Demokratien gerichtete, hybride Kriegsführung in beispielloser Weise gefordert. Die jüngsten Spannungen in Nordeuropa nach Russlands Ankündigung, seine Seegrenzen zu ändern, verdeutlichen die Gefahrenlage für Deutschland als Ostseeanrainer und größtes Mitgliedsland der Europäischen Union.

Das Credo des früheren Bundeskanzlers Helmut Kohl, dass „Europa eine Frage von Krieg und Frieden“ ist, hat eine beklemmende neue Aktualität erhalten. In der einhelligen Verurteilung des russischen Angriffskriegs durch alle Mitgliedsländer der Europäischen Union und in der gemeinsamen Hilfe für die Ukraine hat sich konkrete europäische Solidarität gezeigt. Europäische Solidarität bewiesen haben Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, die nicht dem Euroraum angehören (Schweden, Polen, Tschechien) und Staaten, die keine EU-Mitglieder sind (Großbritannien, Norwegen). Europa ist mehr als ein Währungsverbund und auch mehr als die Europäische Union. In der gemeinsamen Reaktion auf den russischen Angriffskrieg zeigt sich eine Übereinstimmung der Europäer im Eintreten für Demokratie und Menschenrechte sowie das Selbstbestimmungsrecht der Völker gemäß der Charta der Vereinten Nationen.

Die Verpflichtung der Europäer auf diese Prinzipien (kodifiziert in der Allgemeinen Erklärung für Menschenrechte und der Europäischen Menschenrechtskonvention) war die Lehre aus den Erfahrungen mit der Gewaltherrschaft totalitärer Regime, insbesondere des Nationalsozialismus. Nach den Verheerungen des Zweiten Weltkriegs und der Befreiung Europas vom Terror des NS-Regimes sollten hegemoniale Ideologien und trennende Nationalismen überwunden werden, um Frieden und Versöhnung zwischen den Völkern und einen gemeinsamen Weg in die Zukunft zu eröffnen. Der Zusammenschluss der Völker und Nationen sollte Frieden, Freiheit und Prosperität auf dem europäischen Kontinent ermöglichen. Die historisch gewachsenen, nationalen Identitäten sollten nicht gezeugnet oder überwunden, sondern bewahrt werden und zugleich das Bewusstsein für das gemeinsame kulturelle und religiöse Erbe Europas stärken.

Mit dem Eintreten für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und für die Selbstbestimmung der Völker war Europa die freiheitliche Alternative zum imperialistischen Sowjetkommunismus, der mit seiner Gewaltherrschaft die Völker Zentral- und Osteuropas unterdrückte. Nach der Überwindung der kommunistischen Regime durch die sanfte Revolution 1989 wandten sich die Länder Zentral- und Osteuropas der Europäischen Union zu, weil sie wieder zu Europa gehören wollten, wie es ihrer Geschichte entspricht. Folgerichtig traten die baltischen Länder, Polen Tschechien und die Slowakei, im Jahr 2004 der Europäischen Union bei. Das 20-jährige Jubiläum dieser größten EU-Erweiterung (um die genannten Länder sowie Slowenien, Malta und Zypern) erinnert an die Anziehungskraft der europäischen Idee.

Die Attraktivität der europäischen Idee wird verdunkelt durch Tendenzen zu einer Zentralisierung und Akkumulation von Macht in bürokratischen Institutionen, insbesondere der Kommission. Das Agieren der Kommission ist oft geprägt durch einen Interventionismus, der auf eine Erweiterung ihrer Zuständigkeiten zulasten der Nationalstaaten und ihrer Körperschaften abzielt. Darunter leidet insbesondere der historisch gewachsene Föderalismus in Deutschland. Es fehlt den zentralistisch geprägten Bürokratien der EU an Achtung für die Souveränität der Nationalstaaten und an einem tieferen Verständnis von Subsidiarität. Unter dem Zentralismus der Kommission und ihrer Missachtung von Subsidiarität leiden Wettbewerb und Innovation in Europa sowie insbesondere die demokratische Legitimität der Politik.

Verbunden mit ihrem Machtzuwachs haben sich die europäischen Institutionen zunehmend vom Mehrheitswillen der Bürger in den von ihren Entscheidungen betroffenen Mitgliedsstaaten entkoppelt. Dies zeigt sich u. a. in Fragen der Migration, der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der damit verbundenen Sozialleistungen. Die Weigerung der EU-Kommission, auf Anliegen Großbritanniens in diesen Fragen einzugehen, war ein zentraler Grund für den Brexit, der die Europäische Union wirtschaftlich und politisch geschwächt hat.

Europa wird geschwächt durch Tendenzen zu einer ideologischen Bevormundung, die andere Meinungen als vermeintlich undemokratisch (vorzugsweise „rechts“ oder „rechtsextrem“) stigmatisiert und aus der öffentlichen Debatte ausgrenzen will. Insbesondere in Konflikten hinsichtlich der Steuerung der Migration zeigt sich, wie gefährlich autoritäre Anmaßungen der Meinungslenkung sind, weil sie politische Spaltungen zwischen den Staaten und gesellschaftliche Spaltungen innerhalb der Staaten vertiefen und hervorrufen. Der notwendige Kampf gegen Desinformationskampagnen autoritärer Regime (China, Russland v. a.) darf nicht missbraucht werden, um die Meinungsfreiheit und andere bürgerliche Grundfreiheiten zu beschränken. Damit sich Europa im Systemwettbewerb mit autoritären Regimen behauptet, müssen die Meinungsfreiheit sowie die Freiheit von Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre verteidigt und der Pluralismus der Meinungen in der Öffentlichkeit akzeptiert und geschützt werden.

Ein starkes Europa ist angesichts der aktuellen Krisen und Bedrohungen wichtiger als je zuvor. Die Stärke Europas beruht auf der Vitalität seiner Völker und Nationen, ihrer Vielfalt, Kreativität und Innovationskraft. Zentralistische Vorgaben der EU-Bürokratie (Verbrennerverbot, Lieferkettengesetz u.ä.) schwächen die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften und damit auch den EU-Binnenmarkt. Um den gemeinsamen Markt zu stärken, müssen Regulierungen (wie z. B. das Lieferkettengesetz) zurückgenommen und bürokratische Hemmnisse abgebaut werden. Dies gilt nicht zuletzt für die Klima- und Umweltpolitik, denn Ökonomie und Ökologie können nur in Einklang gebracht werden, wenn der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren gestärkt wird. Dafür ist Technologieoffenheit unabdingbar.

Ein starkes Europa muss seine Grenzen schützen: Die Abwehr grenzüberschreitender Gefahren wie der Proliferation von Waffen, der organisierten Kriminalität, des Drogen- und Menschenhandels und des Terrorismus ist im Interesse aller Europäer. Für die Abwehr dieser Gefahren ist ein wirksamer Schutz der Außengrenzen der Europäischen Union unabdingbar. Nur so lassen sich die Errungenschaften des Schengen-Raumes (v. a. die Reisefreiheit) erhalten. Aktuell wird der Schengen-Raum durch die hybride Kriegsführung von Diktaturen (v. a. Weißrussland und Russland) gefährdet, die Migrationsströme als Waffen zur Erpressung Europas einsetzen. Länder wie Finnland und Polen, die derzeit an ihren Grenzen besonders unter dieser hybriden Kriegsführung leiden, sind in ihren Anstrengungen zur Abwehr dieser irregulären Migration zu unterstützen. Die Unterbindung irregulärer Migration und wirksame Begrenzung und Steuerung von Migration insgesamt gehören zu den zentralen Herausforderungen der Gegenwart. Im Aufbau eines wirksamen Schutzes der Außengrenzen muss sich die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union beweisen.

Beschlussempfehlung:

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) erklärt:

Die Bremische Bürgerschaft ist besorgt über die zunehmende hybride Kriegsführung gegen Europa durch autoritäre Regime, die das europäische Erfolgsmodell der Demokratie, das auf der Freiheit der Person aufbaut, ablehnen, bekämpfen und besiegen wollen. Sie appelliert an die Völker und Regierungen der europäischen Staaten, sich dieser Gefahr bewusst zu werden und ihr durch den solidarischen Zusammenhalt aller Europäer zu begegnen. Angesichts dieser Herausforderung sind politische und ideologische Spaltungen zu überwinden, um Freiheit und Demokratie in Europa zu bewahren.

II. Darüber hinaus stellt die Bremische Bürgerschaft (Landtag) die nachstehend aufgeführten Eckpunkte als Forderungskatalog auf, um einen elementaren Beitrag zur weiteren Stärkung einer durchsetzungsstarken europäischen Gemeinschaft und ihrer Mitgliedsstaaten zu leisten:

1. Die Bremische Bürgerschaft bekennt sich mit voller Überzeugung zur Europäischen Einigung als zukunftsweisendes Modell für das Zusammenleben auf dem europäischen Kontinent. Ziel des europäischen Einigungsprozesses muss ein Bund demokratischer Nationalstaaten basierend auf dem Grundsatz der Subsidiarität sein, der nach außen geint auftritt, um die Werte und Interessen Europas im geopolitischen Wettbewerb zu verteidigen.
2. Die Bremische Bürgerschaft tritt für die feste Überzeugung ein, dass es den Mitgliedsstaaten der EU nur durch eine effektivere Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union gelingen kann, die sicherheits- und geopolitischen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu bewältigen. Die Mitgliedsstaaten sind daher aufgefordert, ein enges und konstruktives Zusammenwirken noch wirkungsvoller zu verfolgen, um zielstrebig definierte gemeinsame Zielsetzungen durch konkrete Ausgestaltungen zu erreichen.
3. Das leitende und durchgängige Prinzip der Zusammenarbeit muss die Subsidiarität gemäß Artikel 5 Absatz 3 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) sein. In Bezug auf grenzüberschreitende Gefahren ist das Ziel einheitlicher Leitgedanken bei den Mitgliedsstaaten der EU zu intensivieren. In Bezug auf originäre Kompetenzen der Nationalstaaten, der deutschen Bundesländer und insbesondere der kommunalen Selbstverwaltung sind die Verflechtungen mit der europäischen Legislatur abzubauen, um dem Prinzip der Subsidiarität Geltung zu verschaffen.
4. Die Bremische Bürgerschaft bekennt sich zur gemeinsamen Verantwortung aller Bürger der Europäischen Union, die Freiheit der Person zu achten und dabei insbesondere die Meinungsfreiheit ihrer Mitbürger zu respektieren. Zugleich bekennt sie sich zur Verantwortung der Regierungen, die freie Meinungsäußerung vor jeder Form von Repression oder Einschüchterung zu schützen. Dieser Grundsatz richtet sich mit dem einschlägigen Auftrag an die einzelnen Mitgliedsstaaten der EU. Der Schutz der Grundrechte muss ohne jegliche Einschränkungen das oberste Gebot jeglichen Handelns sein.
5. Die Bremische Bürgerschaft appelliert an alle EU-Bürger in Bremen und Bremerhaven, zur Europawahl am 9. Juni 2024 von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und die politischen Kräfte zu stärken, die sich für Freiheit und Völkerverständigung und die Zusammenarbeit der europäischen Nationalstaaten zum Wohle der Bürger einsetzen.

Jan Timke, Piet Leideiter und Fraktion Bündnis Deutschland